

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Wegen Abwesenheit des Schriftleiters im Ausland fällt die «Lage-Besprechung» aus.

Der Vorstand der Schweizer Monatshefte.

Brief aus Washington

Die Präsidentschaftskandidaten

Von anderen Präsidentenwahljahren unterscheidet sich 1948 darin, daß der Kampf um das Weiße Haus diesmal die Außenpolitik nicht in den Hintergrund drängt. Das muß diejenigen enttäuschen, die gehofft haben, daß Amerika durch wenigstens sechs Monate diplomatisch gelähmt sein werde. *Im heurigen Wahlkampf spielt die Außenpolitik sogar die Hauptrolle*, und da die von Staatssekretär Marshall eingeschlagene Richtung in beiden Parteien mehr Anhänger als Gegner hat, wird sich jeder Präsidentschaftskandidat um den Nachweis bemühen, daß die von der Mehrheit beider Gruppen gebilligte Politik bei ihm besonders gut aufgehoben wäre. Der Kandidat der Demokraten, der so gut wie sicher *Harry Truman* heißen wird, hat es dabei schwerer als der republikanische Wahlwerber, weil dank Franklin Roosevelt die Demokratische Partei mit dem Odium belastet ist, den Sieg an die Russen verloren zu haben.

Die endgültige Absage General *Dwight Eisenhowers* an die Befürworter seiner Kandidatur — endgültig wohl bis 1952 — befreite die anderen Anwärter von einem Alpdruck, das heißt nicht nur Herrn Truman, sondern auch diejenigen, die nun hoffen, statt Eisenhowers von den Republikanern kandidiert zu werden. Eisenhower erfreut sich nämlich ungeheurer Volkstümlichkeit. Das passiert ja sogar geschlagenen Heerführern, offenbar, weil ihre Person symbolische Bedeutung hat. Eisenhower war aber ein erfolgreicher Feldherr, und da er außerdem menschlich ungewöhnlich anziehend ist, vergißt man gern, daß er für den Morgenthauplan nicht viel weniger verantwortlich war als der Mann, der ihn ausgearbeitet hat.

Der Verzicht Eisenhowers hat also Herrn Truman wieder Aussicht auf eine zweite Amtsperiode eröffnet. Wer statt des Generals sein Gegenbewerber sein wird, ist nicht vorauszusagen, nicht einmal vorauszuahnen. Eines der Fragezeichen heißt General *Douglas MacArthur*. Wenn der Oberkommandierende Japans in die Arena steige, könnte ihn die Parteimaschine der Republikaner schwerlich ablehnen, und er würde fast bestimmt Präsident. Sein Ansehen ist noch größer als das Eisenhowers. Seine Politik in Japan war anscheinend ein glänzender Erfolg, obwohl einige seiner Untergebenen in seinem Schatten sich in üblen sozialistischen Experimenten gefielen. Im Augenblick gilt Mac Arthurs Kandidatur als unwahrscheinlich. Bliebe er ferne, so hätten zwei Berufspolitiker gute Aussichten: Senator *Robert Taft*, dessen Vater schon Präsident war, und *Thomas Dewey*, Gouverneur des Staates New York. Dewey hat sich als guter und kluger Verwalter bewährt, der einige Augiasfälle

ausgeräumt hat. Der Phantasie des Volkes bietet diese nüchterne Erscheinung nichts. Taft dagegen ist ein Mann von überragender Verstandeskraft, der schon oft den Mut gehabt hat, unbekümmert gegen den Strom zu schwimmen. Wer glaubt, daß seine Aussichten schlecht wären, weil alle Arbeiter gegen ihn stimmen würden, irrt. Das von ihm durchgebrachte Gesetz gegen den Mißbrauch der Gewerkschaftsmacht und gegen kommunistische Infiltration ist im Gegenteil gerade bei den Arbeitern beliebt, denn auch sie hatten es satt, im Wiederaufbau nach dem Kriege ständig gestört zu werden. Taft war einer der ersten, die Potsdam als Unglück erkannten. Daß er bis 1941 ein Isolationist war, wird ihm heute kaum mehr übelgenommen, denn Millionen von Amerikanern fragen sich, ob es nicht besser gewesen wäre, sich nicht auf Gedeih und Verderb mit England zu verbinden und statt dessen das Ge- wicht der Vereinigten Staaten zu Gunsten eines Ausgleichs in die Waage zu werfen.

Der Wettbewerb zwischen Taft und Dewey könnte zu einem Kompromiß führen, welchem Herr *Vandenberg*, derzeit Präsident des Senats, als Kandidat entsteige. Er hat nicht den geistigen und charakterlichen Rang Tafts, wäre aber wahrscheinlich auch ein recht gutes Staatsoberhaupt. Ein weiteres Zukunftsrate würde bald in Sterndeuterei ausarten. Bei der Aufstellung von Präsidentschaftskandidaturen ist schon oft das Unwahrscheinlichste Ereignis geworden. Man darf aber noch hinzufügen, daß die Aussichten des Republikaners *Stassen* sehr gering sind — zum Glück, denn er ist ein Leichtgewicht.

Während Senator Vandenberg die Hauptstütze des Außenministers im parlamentarischen Kampf um den Marshallplan ist, der jetzt nur noch *ERP*, das heißt *Europaen Recovery Program* genannt wird, hat sich Senator Taft durch seine Opposition gegen den Plan dem Vorwurf ausgesetzt, noch immer oder schon wieder ein Isolationist zu sein. Das bietet eine gute Gelegenheit, diesen Begriff ein wenig zu klären.

Der Isolationismus

Isolationismus an sich ist die natürliche Haltung einer Nation, deren Ahnen die Alte Welt verlassen haben, weil sie von ihr nichts mehr wissen wollten, und die zudem durch zwei Weltmeere geschützt ist. Isolationismus ist also mehr eine Haltung als eine Politik. Seit Amerika gegen seinen Willen eine führende Rolle in Weltangelegenheiten spielen muß, gibt es aber eine isolationistische Politik, und ihre Wortführer waren immer diejenigen, die für den jeweiligen fremden Imperialismus Zuneigung empfanden. Zu Hitlers Zeit war der Hauptsprecher des Isolationismus, also der Nichteinmischung, Oberst Charles Lindbergh, der bekannte Ozeanflieger. Er war ein guter amerikanischer Patriot, kein Nationalsozialist, aber dem Experiment Hitlers günstig gestimmt. Heute ist der Wortführer des Isolationismus logischerweise Harry Wallace, Präsidentschaftskandidat der nicht vorhandenen «dritten Partei», der nichts dagegen einzuwenden hätte, wenn Stalin ganz Europa und Asien beherrschte.

Daraus ersieht man, daß der Isolationismus derzeit in Amerika sehr schwach ist — denn *Amerika ist antisozialistisch* bis in die Knochen seiner Grubenarbeiter — und zweitens, daß Senator Taft dem jetzigen Isolationismus keineswegs angehört.

Pro und Contra Marshallplan

Tafts Opposition gegen das ERP bedeutet wahrlich nicht, daß er den Russen in Europa freie Bahn geben möchte. Er ist bloß, wie viele andere Amerikaner, wie zum Beispiel der Expräsident Herbert Hoover, der Überzeugung, daß das ERP fehlerhaft ist. Vor allem möchte er den Europäern keine Zusage für vier Jahre machen, sondern Hilfe nur von Jahr zu Jahr gewähren.

In Europa ist dieser Gedanke natürlich nicht beliebt. Wie soll man vorausplanen, wenn man nur ein Jahr absehen kann? Tafts Gedankengang wird aber begreiflicher, wenn man sich zwei Tatsachen vor Augen hält: Erstens, das ERP mutet dem amerikanischen Steuerträger schwere Opfer zu, und zwar doppelt, weil die Preise in Amerika steigen, wenn man große Warenmengen nach Europa schickt. Präsident Truman hatte Neigung, diese Preissteigerung durch eine Rückkehr zu Rationierungen und Höchstpreisen zu bekämpfen, und Senator Taft hatte Recht, als er sagte, es hätte wenig Sinn, Europa vom Kollektivismus zu retten und diesen Höllen Hund zugleich auf Amerika loszulassen. Der zweite gewichtige Einwand gegen einen ERP-Vierjahresplan ist, daß die europäischen Empfängernationen so gut wie nichts getan haben, um dem ursprünglichen Gedanken Marshalls, nämlich dem der gemeinsamen Selbsthilfe, zu entsprechen. Benelux ist ein guter Anfang; Professor Einaudis Wirtschaftspolitik ist ausgezeichnet; in Paris hat er in René Mayer endlich einen Nachahmer gefunden; in England aber hält man zähe am sozialistischen Irrwahn fest, der die britische Wirtschaft lähmmt und das ärgste Hindernis im Wege europäischer Zusammenarbeit ist. Und in Westdeutschland widersetzen sich sowohl England wie Frankreich aus verschiedenen selbstsüchtigen Gründen einer vernünftigeren Wirtschaftspolitik, zu der sich ja Amerika selbst erst nach furchtbarer Verzögerung allmählich durchringt.

Taft vertritt darum die Ansicht, daß sich der Helfer ein starkes Einflußrecht sichern soll. Warum soll Amerika sich dazu hergeben, britischen, westdeutschen, österreichischen, holländischen und schwedischen Sozialismus zu finanzieren, was doch hieße, Wasser in ein bodenloses Faß schöpfen? Wer bankrott ist, muß dem Gläubiger Einfluß auf die Geschäftsführung einräumen. Das war immer so, warum also nicht diesmal? Und Amerikas Einfluß wäre natürlich größer, wenn seine Hilfe nur von Jahr zu Jahr gewährt würde.

Das also ist Tafts und Hoovers «Isolationismus», und man muß zugeben, daß manches für ihn spricht. Das Ergebnis wird wohl ein Mittelding sein zwischen Marshallplan und Taftplan. Niemand außer den Kommunisten ist gegen das ERP an sich, also wird es durchgehen, wenn auch in geänderter Form.

In Washington fängt man übrigens endlich an zu begreifen, daß wirtschaftliche Hilfe für Europa nicht viel nützen kann, wenn sie nicht durch militärische Sicherung ergänzt wird. Wessen Knie schlottern, der kann nicht pflügen. Eine Art von militärischem Gleichgewicht besteht insofern, als die Amerikaner in und um Europa, besonders im Mittelmeer, genug Luftstreitkräfte halten, um eine in Europa vorrückende russische Armee sofort von ihrem Hinterland abzuschneiden und um Rußlands Olgebiete sogleich unbewohnbar zu machen. Was dennoch fehlt, ist ein Landheer in Europa. Darum macht man sich in Washington allmählich und zögernd mit dem Gedanken vertraut, daß es notwendig sein wird, die Völker westlich vom Eisernen Vorhang in Verteidigungszustand zu setzen. Dazu gehören auch 48 Millionen Deutsche.

Robert Ingram.

Brief aus Deutschland

Man schreibt uns aus Berlin:

Zwei Fragen stehen im Vordergrund einer leidenschaftlichen Erörterung in Deutschland, weil beide für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung sind: die *Währungsreform* und das *Schicksal Berlins*.

Die Währungsreform.

Es täuscht sich niemand, daß die Währungsreform erstmalig die volle Wirklichkeit des deutschen Status dem Volke klar machen wird, und daß dieser Status bitterste Armut bedeutet. Trotzdem wird die Notwendigkeit einer baldigen Währungsreform von allen Kreisen bejaht. Denn ohne sie kann eine sinnvolle Arbeit in Deutschland weder begonnen noch auf lange Sicht geplant werden. Ob nun die Reform das deutsche Geld nach dem Muster der Rubel-Abwertung im Verhältnis 1:10 festsetzen wird, ist im Grunde gleichgültig. Wir haben noch eine starke Reserve in Deutschland: den *ungebrochenen Arbeitswillen* des deutschen Volkes. Er hat sich nicht entfalten können, weil jede Arbeit sinnlos bleibt, solange sie als Ertrag ein schlechtes Geld bringt, das man nicht als vollgültigen Entgelt für lebenswichtige Güter dem Erzeuger anbieten kann. Niemand bezweifelt, daß das deutsche Lebensniveau auf einem sehr niedrigen Stande festgelegt werden wird. Aber man kann dann endlich mit Realitäten rechnen, an denen nicht mehr zu deuteln ist, und kann infolgedessen mit *echter Aufbauarbeit* beginnen. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit — Schieberkreise stehen außerhalb des Volkes — ist bereit, mit größtem Ernst und nicht ermattender Ausdauer die Arbeit zu beginnen. Wir sind sicher, daß der gemeinsame Wille der arbeitsfähigen Deutschen auch aus dem tiefsten Schacht materieller Not in mühevollster Anstrengung Wege zum Licht bahnen wird.

Wir wollen auch nicht vergessen, daß die Deutschen jetzt aus ihrer Not eine Tugend machen und einen Kräftezuwachs gewinnen können. Wir sind in einer Weise bedürfnislos geworden und haben unsere Ansprüche an das Leben und seine Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten so tief herabgesetzt, daß wir wohl krisenfester sind als viele andere Völker. Es gibt niemand in Deutschland, der nicht mit all seiner Kraft helfen möchte, den Aufstieg aus der Tiefe zu ermöglichen. Denn durch die Gesundung der Währung wird die schwerste Hemmung, die Hoffnungslosigkeit, beseitigt. Dadurch wird die Gestaltung unseres Schicksals wieder in unsere Hand gelegt, und wir dürfen danach, diese Probe zu bestehen.

Allerdings sind wir uns darüber klar, daß mit einer Währungsreform, wenn sie sinnvoll sein soll, eine sofortige Änderung der bisherigen Steuergesetzgebung Hand in Hand gehen muß. Die heutige deutsche Steuergesetzgebung ist sowjet-russischen Ursprungs und soll bewußt jede Möglichkeit einer gesunden Kapitalbildung verhindern. Die andern Alliierten haben ihr nach dem Zusammenbruch Deutschlands zugestimmt, in dem damals noch vorhandenen Gefühl einer Siegergemeinschaft mit Sowjetrußland. Wenn aber ehrlich ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft angestrebt wird, der sie wieder exportfähig machen soll, ist die Möglichkeit von gesunder Kapitalbildung ein Hauptfordernis.

Man muß auch darauf bedacht sein, die vorhandene Arbeitsfreudigkeit dadurch zu erhalten, daß der Arbeitende wenigstens etwas *Nutzen* von seiner harten Arbeit hat. Bei einer Steuergesetzgebung, die bis zu 95 % des Ertrages wegsteuert, zu Gunsten einer zahllosen, unfähigen und unproduktiven Bürokratie, ist an eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens nicht zu denken.

Die letzten Nachrichten über eine unmittelbar bevorstehende Währungsreform, die alle Zonen Deutschlands gleichmäßig erfassen soll, hat nahezu alarmierend ge-

wirkt. Die Hoffnung geht dahin, daß wenigstens dieses eine Mal der entscheidende Schritt zum möglichen Wiederaufbau Deutschlands nicht durch ein sowjetrussisches Veto illusorisch gemacht wird.

Das Schicksal Berlins

Die zweite Frage, die alle Deutschen bewegt, ist das *Schicksal Berlins*. Man kennt die Mittel des *kalten Krieges*, mit denen versucht wird, durch kleinlichste Schikanen und Gewaltanwendung den westlichen Alliierten das Verbleiben in Berlin zu verekeln. Es fehlt zwar nicht an beruhigenden Äußerungen maßgebender britischer und amerikanischer Stellen, aber man weiß auch, daß durch den Zwang innerpolitischer Rücksichten, in USA durch den Wahlkampf, wie durch die wachsenden Schwierigkeiten in England, solche zuversichtlichen Äußerungen plötzlich desavouiert werden können. Es besteht aber die Hoffnung, daß die westlichen Alliierten schon aus Prestige-Gründen Berlin nicht aufgeben werden, und weil sie durch eine Räumung die letzte Möglichkeit verlieren würden, die russischen Absichten für die Zukunft durch die gut funktionierende Nachrichtenzentrale Berlin zu diagnostizieren.

Die Sorgen sind um so größer, da sich niemand mehr darüber täuschen kann, daß in der Ostzone eine Periode begonnen hat, die den Zeiten entspricht, in denen in den Balkanländern die Prozesse gegen Petkow und Maniu geführt worden sind. Hierfür war der Fall *Kaiser-Lemmer* ein überzeugender Hinweis. Es wird in Zukunft in der Ostzone keinen Politiker geben, der außerhalb der SED eine selbständige Politik wird machen können, ohne seine persönliche Sicherheit unmittelbar zu gefährden. Die Nachricht über die in viele Tausende gehende Zahl der *verschwundenen*, den *Russen unbequemen Personen* in der *Ostzone* spricht eine überzeugende Sprache. Ebenso die Akte völliger Willkür, denen die deutsche Bevölkerung in der Ostzone tagtäglich, nachtnächtlich unterworfen ist: *Zwangsrekrutierung, Verhaftung, Verschwinden, Mord und Vergewaltigung*.

Jeder einzelne Deutsche, der, selbst mit Interzonenpaß, die russische Kontrolle in Marienborn hat passieren müssen, ist ein für alle Mal von der Illusion geheilt, daß in der Ostzone noch irgendeine Form von Demokratie herrsche. Die *Demaskierung* von *Molotow* durch *Marshall* in London hat ein übriges getan. Ebenso wie die jüngste Versicherung des Marschalls *Sokolowski*, daß Sowjetrußland nicht daran denke, auch nur eine Kopeke von seinen astronomischen Reparationsforderungen nachzulassen. Die besten Propagandisten für eine deutsche Entscheidung für den Marshall-Plan und für den Anschluß an den Westen sind die russische Militärregierung und die SED.

Diese hat ihren Terror gegenüber den eigenen Landsleuten so weit verstärkt, daß sogar die Räumung einzelner Gebiete von russischen Truppen bedauert wird, da diese immerhin gegenüber der schrankenlosen terroristischen Willkür der SED und der von ihr völlig abhängigen deutschen Polizei einen gewissen Schutz bedeutet haben.

Brief aus Prag

Ende Mai geht die zweijährige Periode der *Verfassunggebenden Nationalversammlung* zu Ende. Es steht immer noch nicht fest, ob die erste gewählte Volksvertretung der Tschechoslowakei ihrer wichtigsten Aufgabe, nämlich der Ausarbeitung der neuen Verfassung, gerecht werden wird. Zwar spricht man allgemein davon, daß die neue Konstitution so gut wie fertig sei und nur noch über einige wenige

Punkte keine Einigung erzielt werden konnte — aber gerade diese sind es, die eventuell ein Scheitern aller Verhandlungen durchaus möglich machen. Es handelt sich hier nicht um die staatsrechtliche Stellung der Slowakei allein, sondern um die prinzipielle Frage der künftigen Gliederung des Staates überhaupt. Nur die tschechischen Kommunisten treten für die Schaffung von Gauen ein, alle anderen Parteien, einschließlich der slowakischen Kommunisten, sind für die Beibehaltung der Länder und eine maßvolle Dezentralisation. Umstritten sind auch noch einige wichtige Fragen der Sozialisierungsproblematik, die besonders von den bürgerlichen Parteien verlangte endgültige Kodifizierung der Freiheitsrechte und das Ausmaß der Bodenreform.

Die Parteien haben bereits mit ihrer Wahlpropaganda begonnen. Die Angriffe in den Blättern sprechen eine deutliche Sprache und lassen in ihrer Schärfe für den Wahlkampf selbst wenig Erfreuliches erhoffen. Schon der

Wahltermin

ist heiß umstritten. Die Kommunisten haben den 2. Mai vorgeschlagen, weil sie sich von den Aufmärschen am 1. Mai eine günstige Wirkung auf das Wahlergebnis versprechen. Selbstverständlich gehen die anderen Parteien aus guten Gründen auf diesen Vorschlag nicht ein und haben andere Termine vorgeschlagen, die aber vielfach als ungeeignet bezeichnet werden, weil sie entweder die Feldarbeiten beeinträchtigen würden oder aber die Fertigstellung der Verfassung stören könnten.

Im Mai 1946 traten *acht wahlwerbende Parteien* — vier tschechische und vier slowakische — mit eigenen Listen auf. Wieviele es dieses Jahr sein werden, ist noch ungewiß, da es scheinbar diesmal allerhand Überraschungen geben wird. Es wäre z. B. kein Wunder, wenn die Kommunisten diesmal in einer «Volksfront» oder in einem «Demokratischen Block» untertauchen würden, genau so wie sie dies auch für die italienischen Wahlen vorgesehen haben. Man muß nur die jüngste Rede des kommunistischen Informationsministers *Kopecky* richtig verstanden haben, der verlangte, daß die Nationale Front (die Dachorganisation der zugelassenen Parteien) «erneuert» werden müßte und gleichzeitig die Hoffnung aussprach, daß sich in allen Parteien «linke und fortschrittliche Kräfte» finden würden, die mit den Kommunisten marschieren werden. In erster Linie waren damit natürlich die Sozialdemokraten gemeint, die auch gleich an ihr Herbstabkommen mit den Kommunisten erinnert werden — aber ihr jetziger Parteivorsitzender *Lauschman* lehnte jeden Versuch der Schaffung eines sogenannten «Demokratischen Blocks» als einen «Versuch zur Errichtung der Totalität» ab. Trotzdem ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß sich die vom früheren Parteivorsitzenden *Fierlinger* geführte Linke innerhalb der Sozialdemokratischen Partei den Kommunisten anschließen wird. Dies vor allem dann, wenn die Parteführung einige der bisherigen, meist stark linksstehenden Abgeordneten nicht mehr kandidieren würde.

Im bürgerlichen Lager

scheint sich eine Palastrevolte innerhalb der tschechisch-katholischen Volkspartei vorzubereiten. Sowohl der stellvertretende Ministerpräsident Dr. *Schramek* als auch der Postminister *Hála* — beides katholische Geistliche — werden wegen ihrer unentschlossenen Haltung besonders von der jüngeren Generation angegriffen. Als pikante Einzelheit ist zu erwähnen, daß der Einfluß der vor zwei Jahren aus der Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. *Helene Kozeluhová* weiter im Wachsen begriffen ist. Diese temperamentvolle und hübsche Frau ist die Gattin des tschechoslowakischen Gesundheitsministers Dr. *Procházka*, der auch heute noch der Volkspartei angehört, und sie hat es verstanden, ihre zahlreichen Verbindungen nicht nur zu den führenden Kreisen dieser, sondern auch zu anderen Parteien aufrechtzuhalten.

Die *Volkssozialistische Partei*, eine linksbürgerliche Gruppierung, die mit den französischen Radikalen zu vergleichen ist, kann mit guten Hoffnungen in die Wahlen gehen, denn alle *antikommunistischen Elemente* werden sich ihr zuwenden, weil sie von ihr eine vaterländische, unabhängige und nicht ausschließlich östlich orientierte Politik erwarten. Größte Beachtung in der ganzen Republik fand die Aufklärung des im Vorjahr versuchten Sprengstoffattentates auf vier Minister durch den Justizminister *Drtina*. Das von den Kommunisten verwaltete Innenministerium konnte keine Spuren finden, und es mutet in diesem Zusammenhang natürlich etwas seltsam an, daß alle Verhafteten kommunistische Parteimitglieder waren. Zugleich kam man auch einem großen Waffenlager im Kreissekretariat der Kommunistischen Partei in *Olmütz* auf die Spur, das von einem ihrer Abgeordneten angelegt worden war. Es ist begreiflich, daß der kommende Wahlkampf im Zeichen dieser Ereignisse stehen wird und die Volkssozialisten hätten — wenn möglich — mit der Veröffentlichung der Attentatshintergründe sicher lieber noch etwas zugewartet.

Eine sonderbare Lage ist in der Slowakei entstanden. Dort hat der Januar-kongreß der Demokratischen Partei zum Ausschluß des Preßburger Oberbürgermeisters *Kysely* geführt. Dieser ist nun daran, die Bewilligung für eine

neue Partei

zu erhalten. Sie soll tschechoslowakischer Orientierung sein und die Interessen der Katholiken vertreten — vor allem aber in die Demokratische Partei eine tiefe Bresche schlagen. Das ist der Wunsch der Kommunisten, die genau wissen, daß es nur ihnen zum Vorteil gereichen wird, wenn die große Mehrheitspartei der Slowakei gespalten werden kann. Es überrascht niemanden, daß die Kommunisten ihren bisherigen negativen Standpunkt zu neuen Parteigründungen aufgegeben haben und die Bestrebungen des Renegaten favorisieren. Es spielt dabei keine Rolle, daß Kysely in die jüngste antistaatliche Verschwörung verwickelt gewesen war und daß er erst kürzlich aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Ob die Kommunistische Partei auch hier ihre Hand im Spiel gehabt hat, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls hat Kysely gleich nach seiner Freilassung geheime Verhandlungen mit den Kommunisten aufgenommen.

Das *große Fragezeichen* der bevorstehenden Wahlen in der Slowakei sind nach wie vor die Katholiken. Sie haben auf Geheiß ihres Klerus vor zwei Jahren in bemerkenswerter Disziplin demokratisch gewählt. Ob auch diesmal eine solche, freilich nicht offizielle Parole ausgegeben wird, ist noch unsicher, denn die Parteileitung hat zu Ende des Vorjahres das Bündnis mit den katholischen Aktivisten gekündigt. Es tut nichts zur Sache, wenn im neuen Exekutivausschuß der Demokratischen Partei mehr Katholiken sind als im alten. Die führenden Stellen haben nach wie vor jene inne, die zu den drei bekannten evangelischen Familien des Landes gehören.

Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, steht für die nächste Zeit auch ein Zusammenstoß des Staates mit der

katholischen Kirche

in Böhmen und Mähren bevor. Die ersten Anzeichen, zunächst noch in Form von Warnungen, waren aus dem Ende Januar der Prager Regierung übergebenen Memorandum des katholischen Episkopats herauszulesen. Dreimal — so beschweren sich die Kirchenfürsten — seien die Appelle der Bischofskonferenzen von Seiten der Regierung ohne jede Antwort geblieben. «In zwölfter Stunde» wird die Regierung an ihre feierlich in Koschice gegebenen Versprechungen erinnert und die große Verantwortung unterstrichen, die durch einen hervorgerufenen Kulturmampf für diese entstehen könnte. Aber nicht nur das geplante neue Schulgesetz hat die Kirche, die in nationaler Hinsicht große Verdienste hat, verstimmt, sondern auch die Bodenreform.

Sämtliche größeren kirchlichen Besitzungen, aus deren Ertrag vielfach die Patronatslasten, aber auch die Bauaufwände bestritten wurden, werden nun parzelliert werden. Dadurch wird der Kirche ein fühlbarer Schlag versetzt.

Neben der slowakischen Irredenta, die sich ihrer Unterstützung durch die amerikanischen Slowaken sicher weiß, macht sich nun auch die Tätigkeit der

Sudetendeutschen

immer mehr bemerkbar. Die tschechischen Blätter berichten von zahlreichen «Provokationen» der noch im Lande verbliebenen deutschen Arbeiter, und die sich verschärfende politische Situation in der Welt trägt nicht zur Konsolidierung der Verhältnisse im neu besiedelten Grenzgebiet bei. Die sudetendeutschen Führer, voran der sozialistische Abgeordnete *Wenzel Jaksch*, haben ihren ersten propagandistischen Erfolg durch das Memorandum des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) an die UNO zu verzeichnen gehabt, in dem eine Untersuchung der «Sklavenarbeit hunderttausender Sudetendeutscher» gefordert wurde. Während Jaksch in London sitzt, arbeitet der katholische Geistliche *Reichenberger* in den Vereinigten Staaten, wo er in der amerikanischen Presse zahlreiche Artikel gegen die Tschechoslowakei publiziert. In Deutschland sitzt der frühere christliche Gewerkschaftsführer *Hans Schütz*, der heute eine prominente Persönlichkeit der Christlichdemokratischen Union geworden ist. In Österreich haben sich die sudetendeutschen Emigranten um den agrarischen Abgeordneten *Wagner* versammelt und seit einem Jahr zahlreiche neue Industrien ins Leben gerufen, die der CSR auf dem Weltmarkt eine große Konkurrenz zu machen beginnen. Immer mehr stellt sich nun schon die Tatsache heraus, daß die *Ausweisung der Deutschen* vor zweieinhalb Jahren ein großer Fehler war, der dem tschechoslowakischen Staat ebensowenig zum Vorteil gereichen dürfte, wie die Vertreibung der Juden aus Deutschland nach 1933.

(Die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei konnten in diesem Brief vom 13. Februar nicht mehr berücksichtigt werden. *Schriftleitung*.)

Brief aus Athen

Die Vorgänge in Griechenland sind aufs engste verknüpft mit den großen Gegensätzen, die zwei Welten trennen. Es kann daher hier keine Aufhellung erwartet werden, solange ein eiserner Vorhang Europa in zwei Hälften teilt.

Die Zusammenarbeit der *Populisten* und der *Liberalen* und die den Rebellen gewährte *Amnestie* haben keine Entspannung herbeigeführt. Vom einen Ende Griechenlands bis zum anderen fährt man fort, sich gegenseitig auszurotten, da die Armee nicht überall zur Stelle sein kann, wo kommunistische Banden auftauchen. Die Zeitungen melden ihr Auftreten auf dem Parnaß, vor den Toren Athens, und zwei bulgarische Spione sind vor kurzem auf dem Pelopones verhaftet worden.

In Athen selbst, der kränklich wachsenden Hauptstadt eines verwüsteten Landes, ist der Schein der Zivilisation noch gewahrt, aber außerhalb der Stadt dehnt sich ein ungastliches Land aus, in dem man dem Schlimmsten ausgesetzt ist. Die Schilderungen der Flüchtlinge, die die Stadt übergölkern, sind erschütternd. Das Leben der Athener ist mehr oder weniger normal; für die wohlhabenden Leute ist es sogar mühelos, da die lebensnotwendigen Produkte keinerlei einschränkenden Vorschriften unterworfen sind. Die Preise sind beinahe unerschwinglich, und die Händler machen unglaublich gute Geschäfte. Wer Geld hat, kann sich alles kaufen, was er benötigt, ja selbst alles, wonach ihn gelüstet. Die Mittellosen sollen sich, so gut es geht, nach

der Decke strecken. Die verantwortlichen Kreise sind sich keiner Schuld bewußt, wenn das Volk unterernährt ist. Wie immer in Griechenland, muß die *private Initiative* an die Stelle einer unfähigen Administration treten. An der Spitze der sozialen Hilfswerke setzt sich die *Königin* restlos ein; jedermann hat seinen Obolus beige-steuert, damit die Soldaten diesen Winter keine wollenen Kleider entbehren müssen.

Die ausländische Bedrohung hat die *amerikanische Delegation* genötigt, ihre Pläne zu ändern. Die für den Wiederaufbau gewährten Kredite werden für die Wiederaufrüstung zur Verfügung gestellt. Es nützt nichts, wieder aufzubauen, wenn man nicht in der Lage ist, sich zu verteidigen.

Da die in Saloniki tagende *Kommission der Vereinigten Nationen* Beweise in der Hand hat, daß die kommunistische Bewegung ausländische Unterstützung genießt, wird sie ihre Wachsamkeit verdoppeln, um den Munitions- und Waffen-schmuggel zu verhindern. Ein entsprechendes Unternehmen erfordert aber Kräfte, über die sie nicht verfügt.

Der neuliche Erfolg der Regierungstruppen bei Konitza hat *Markos* verhindert, sich auf griechischem Boden festzusetzen. Es ist aber vorauszusehen, daß die Angriffe mit stärkeren Truppenmassen erneuert werden. *Man gewärtigt, daß der Monat März kritisch sein wird.*

Die schwachen Punkte des parlamentarischen Systems sind schon oft angezeigt worden. Man muß zugeben, daß es nicht leicht ist, ein Land zu regieren, das bis aufs Mark ausgesaugt ist und dessen Zusammenhalt durch die Anarchie der Kommunisten erschüttert, wenn nicht entzweigebrochen ist. Die Regierung hätte sich selbst überbieten müssen. Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß sie nicht auf der Höhe der Situation ist. Sie zieht es vor, auf die undankbare Aufgabe zu verzichten, alles Mangelhafte zu verbessern, und sich mit dem «*laisser faire, laisser aller*» abzufinden.

Die *amerikanische Delegation* kämpft vergeblich, um Ordnung in die Finanzen zu bringen. Allzu viele einflußreiche Leute haben ein Interesse daran, sich weiterhin an den Tisch setzen zu können. Anstatt sich die einschneidenden wirtschaftlichen Sparmaßnahmen der englischen Regierung zum Vorbild zu nehmen, dulden die Macht-haber eine Verschleuderung der öffentlichen Gelder zu Gunsten ihrer Trabanten. Diese Tatsache bietet den extremen Linkskreisen die besten Argumente in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus. Man darf aber den Parlamentarismus im jetzigen Augenblick nicht diskreditieren, indem man seine Mißbräuche an den Pranger stellt. *Trotz aller seiner Fehler ist das jetzige unvollkommene Regime unsere letzte Rettung vor der totalen Nivellierung.*

Ein Abgrund trennt die Jahre 1939 und 1948 — die leitenden Kreise, die sich weigern, mit der Zeit zu gehen, bereiten ein *bitteres Morgen* vor.

J. Tissameno.

Militärische Umschau

Ein jakobinischer Plan

Nachdem im September des letzten Jahres, vor Beginn der Schwurgerichts-verhandlung in Winterthur, ein Vergleich abgeschlossen worden war, schien die Gefahr behoben, daß unser *Nachrichtendienst* der Kriegsjahre neuerdings in aller Öffentlichkeit seziert werde. Der Vergleich war zustande gekommen, dank der vor-bildlichen Leitung von Oberrichter Egloff und dem Entgegenkommen beider Par-teien. Wem unsere Armee eine Herzenssache ist, konnte befriedigt aufatmen. Denn in keiner Armee der Welt wird die Arbeitsweise ihres Nachrichtendienstes öffent-

lich erörtert, in der richtigen Überlegung, daß dieser nur in der Geheimsphäre erfolgreich wirken kann.

Vor allem die Kreise um die Zeitung *Volk und Armee* und einzelne linksstehende Blätter machten aber ihrem Ärger über die ihnen entgangene Sensation Luft. Der Aufsatz «Der Scheinfriede von Winterthur» (*«Volk und Armee»* Nr. 10) und «Zum Prozeß von Winterthur» (*«Volk und Armee»* Nr. 12) verfolgten den Zweck, die Sache nicht ruhen zu lassen.

Wenn nun bis vor wenigen Tagen in der gleichen Angelegenheit doch noch ein Prozeß in Bern drohte, kann angenommen werden, daß Major *Hausamann* hier nicht Initiant, sondern Geschobener war. Nachdem er in Winterthur die Hand zum Vergleiche geboten, durfte auch in Bern ohne weiteres damit gerechnet werden, wenn er nicht gedrängt worden wäre, diesmal nicht nachzugeben. Nun hat in elfter Stunde aber doch die Vernunft gesiegt. Dafür gebührt Major *Hausamann* Anerkennung.

Als Präludium zum Prozeß glaubte der Kronreferent von *«Volk und Armee»* in der Februarnummer eine Darstellung des Sachverhaltes geben zu müssen, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Seine langen Ausführungen wurden z. B. in der *«Tagwacht»* (Nr. 37) und im *«Volksrecht»* (Nr. 37/38) in großer Aufmachung wiedergegeben. Sie enthalten keine sachlichen Neuigkeiten. Die breitgeschlagenen Tatsachen sind in den beiden Untersuchungen gegen *Masson* (die eine durch ein Militärgericht, die andere durch Bundesrichter *Couchepin*) und gegen *Meyer* und *Holzach* in allen Einzelheiten überprüft worden. Diese Untersuchungen sind schon seit langem abgeschlossen. Man mag über die Geschäfte der beiden Mitarbeiter Massons denken wie man will, sie erfolgten aber nicht im geheimen, sondern mit Wissen und Billigung ihrer Vorgesetzten und im Zusammenhang mit dem Schweizerischen Holzsyndikat.

Es ist ein Unrecht, Dr. Egloff anzugreifen, der den Dank aller Gutgesinnten verdient. Sein Ansehen als Jurist und Mensch steht so hoch, daß ihm die heutige Hetze nichts anhaben kann. Gewiß hat er sich für den Vergleich eingesetzt, hauptsächlich auf die Bitte einer hohen Amtsstelle des E.M.D. hin und auf Wunsch von *General Guisan*. Aber er diente damit dem Landesinteresse. Wie man hört, hatte der Bundesrat in Aussicht genommen, Masson die Erlaubnis zur Zeugenaussage zu geben, falls kein Vergleich zu stande kommen würde. Der Bundesrat hätte aber auch für die Behandlung bestimmter Fragen den Ausschluß der Öffentlichkeit verlangt und dadurch eine im Schwurgerichtsverfahren ganz ungewöhnliche Situation geschaffen. Wäre auch beim Berner Prozeß eine solche Forderung gestellt worden?

Hinsichtlich *Eggen* ist die Darstellung von L. weitgehend unrichtig. Eggen lieferte Benzin, doch wurde dieses wegen seines Bleigehaltes von der Schweiz nicht angenommen. 1944 brachte er zwölf Messerschmitt-Flugzeuge in die Schweiz, die durch die Eidgenossenschaft angekauft wurden. Auch sein Verschwinden ist falsch dargestellt. Er ist am 1. Oktober 1945, auf Anordnung von höchster Stelle, bei Chiasso an die Grenze gestellt worden. Man möge hierüber Herrn Bundesrat v. Steiger befragen. Eine Abschrift der sehr interessanten Aussagen Eggens gegenüber den Alliierten über seine Tätigkeit und seine Beziehungen zur Schweiz ist vorhanden. Dieser Bericht enthält Angaben, die für einige, von *«Volk und Armee»* nicht angegriffene Leute höchst unangenehm sein könnten. Im übrigen ist Eggen seit langem freigelassen. Ein Attest von General Giraud bezeugt seinen Einsatz bei der Rettung seiner Familie. Giraud bestätigt auch, daß Eggen kein Nationalsozialist gewesen ist.

Das vielgenannte *Senner*-Telegramm gelangte durch *Dulles* — seit November 1942 bis Kriegsschluß in der Schweiz als Chef des O.S.S. (office of strategic service), eines besonderen Zweiges des amerikanischen Geheimdienstes — an *Hausamann* und von da an den Artikelschreiber L. von *«Volk und Armee»*. Dieser überwies es an den Chef des E.M.D. Man weiß noch immer nicht, wer der Verfasser des Telegramms war. Es ist vom E.M.D. als eine Fälschung bezeichnet worden (N.Z.Z., Nr. 510, 1946). Den Namen des Fälschers hätte auch das Berner Gericht nicht feststellen können.

Es liegt auf der Hand, daß auch ein monatelanger Prozeß die Zusammenhänge des Nachrichtendienstes niemals restlos aufgeklärt hätte, weil ausländische Zeugen kaum erschienen wären. Es ist zum mindesten sicher, daß eine Vorladung von Dulles gar nicht in Frage kam.

Auf Grund des Sachverhaltes ist man daher berechtigt, nach den Hintergründen zu fragen, die hier im Spiele waren? Was wollten die Scharfmacher? Wollte man Masson und seine Mitarbeiter unmöglich machen? Eine gerichtliche Ahndung kam nicht mehr in Frage, nachdem die Untersuchungen ergeben haben, daß eine weitere Verfolgung allfälliger Verfehlungen ausgeschlossen ist. Wollte man General Guisan treffen, der Masson restlos deckt? Es ist nicht von ungefähr, daß General Guisan, im Hinblick auf den damals noch bevorstehenden Prozeß, in öffentlicher Versammlung am 17. Februar in Bern erklärte:

«Der Nachrichtendienst unserer Armee hat immer wunderbar funktioniert. Man hat hier Masson bestimmt unrecht getan... Ubrigens ist ja durch Bundesrichter Couchepin eine Untersuchung durchgeführt worden, die absolut günstige Ergebnisse gezeigt hat» (Berner Tagblatt Nr. 49).

Den gleichen Vortrag hält General Guisan am 23. Februar in Lausanne.

Oder gehört es zu den Programmpunkten gewisser Armeereformer, auch unseren Nachrichtendienst zu «demokratisieren»? Wenn ja, wären auf der einen Seite alle Kredite für den Nachrichtendienst in Zukunft nutzlos und auf der anderen Seite unsere Bereitschaft empfindlich beeinträchtigt. Die Ziele der Scharfmacher waren sicher weiter gesteckt. Bei der politischen Einstellung des Kronreferenten von «Volk und Armee» ist die Vermutung berechtigt, daß unserem Nachrichtendienst als solchem für die Zukunft Fesseln angelegt werden sollten. Ohne ausländische Mitarbeit kann ein Nachrichtendienst nicht bestehen. Ausländische Mitarbeiter würden aber ein eisiges Nein aussprechen, wenn sie riskieren müßten, eines schönen Tages als Zeugen vor ein schweizerisches Gericht geladen zu werden. *Bei der heutigen Weltkonstellation spielt der Nachrichtendienst unserer Armee eine weit über die geographische Bedeutung unseres Landes hinausgehende Rolle.* Es liegt im Interesse gewisser Kreise, unseren Nachrichtendienst empfindlich zu treffen. Der vorgesehene Prozeß bildete daher einen wichtigen Punkt eines kunstvoll gefügten Planes.

Je regrette donc que des indiscretions aient pu être commises...

Man ist versucht, einer Besprechung des Buches von *Bernard Barbey, P. C. du Général*, die Worte voranzusetzen, die in dem vom «Journal de Genève» (Nr. 39) veröffentlichten Brief des Generals *Béthouart* an den Autor enthalten sind¹⁾.

Der Eindruck des Buches ist zwiespältig. Es muß unbedingt anerkannt werden, daß Barbey ein gewiefter Schriftsteller ist, der nicht nur über einen eleganten Stil verfügt, sondern sich auch in diesem Buch als scharfer Beobachter zeigt, der es meisterhaft versteht, Szenen und Charaktere mit einigen wenigen Strichen in größter Lebendigkeit zu zeichnen. Das Buch enthält auch wunderhübsche Stimmungsbilder, die Weihnachtsfeier in der Kirche von Oberkirch, Ritte in der Umgebung von Thun und Jegenstorf, zum Teiche «Sumpf» zum Beispiel.

Aber in diesem Buch beansprucht das militärische Moment den ersten Platz. Wohl ist zuzugeben, daß militärisch spannende Szenen zur Darstellung gelangen, zum Beispiel das Hin und Her nach Beginn der großen Offensive in der Normandie. Es ist auch anzuerkennen, daß Barbey gute, klare und sachliche Urteile fällt, bei

¹⁾ Bernard Barbey: *P. C. du Général 1940—1945. La Baconnière, Neuchâtel.*

denen er auch seinen verehrten Chef nicht schont, z. B. den Fehler, den Nachrichtendienst von der Gruppe Front zu trennen, nur um den Leiter des Nachrichtendienstes zum Unterstabschef befördern zu können: «Mais on a péché contre l'expérience et la nature», oder die Betonung der Wichtigkeit der Regelung der Zirkulation, die heute «une arme» ist, «qui doit avoir sa doctrine, ses troupes, son matériel», oder mit der Bemerkung: «Attention ... de ne pas jouer à la guéguerre».

Und doch, militärisch betrachtet, ist der Gesamteindruck negativ, das Buch enthält zu viele Indiskretionen, die oft in Taktlosigkeiten ausarten: Warum hohe Offiziere, die noch vor kurzem unter uns waren, sich aber heute nicht mehr wehren können, dermaßen lächerlich machen, wie z. B. Oberstdivisionär Jordi, warum die Öffentlichkeit wissen lassen, daß ein Bundesrat in der Eisenbahn gegen die elementarsten Regeln der Vorsicht verstößt, die vom letzten Tambour verlangt wurde, obgleich schräg gegenüber ein Mann «au type étranger» sitzt, «dans l'attitude classique du lecteur plongé dans son livre». Warum dem Leser in allen Einzelheiten die Differenzen zwischen dem General und einem heute noch aktiven Korpskommandanten vor Augen führen, warum uns erzählen, daß bei den ernsthaften Meinungsverschiedenheiten zwischen General und Bundesrat im Sommer 1944 in der Frage von Truppeneinheiten, oder in der Frage der Fahnenehrung, Bundesrat Minger vom General herbeigerufen wurde, um sich ins Mittel zu legen.

Man ist überrascht, wie lange gewisse Entscheidungen auf sich warten ließen, z. B. die erst am 9. September 1941 erfolgte Bereinigung einer wichtigen Abschnittsgrenze eines am 10. Mai 1941 unterzeichneten Operationsbefehls, oder die jahrelang sich hinziehende Entlassung des Kommandanten der Fliegertruppen, nachdem sie offenbar als wünschbar betrachtet wurde, obgleich Artikel 209 der Militärorganisation eindeutig lautet: Der General ... ist berechtigt, Offiziere im Kommando einzustellen.

Sodann überrascht es, daß Barbey, der meist «nous» (der General und er) oder «je» schreibt, Gelegenheit erhält, fast in alles hineinzureden — am gleichen Tag: «exposé au Conseil fédéral sur l'activité de l'armée en 1942; bataille de Tunisie, enseignements à tirer, constitution de nos futurs grenadiers ...» — ja sogar über Materialfragen mit dem französischen Militärrattaché verhandelt «chaussures pour la division alpine française, essence et pneus pour nos véhicules». Es überrascht auch, daß Barbey fast überall dabei war, ja weitgehend dazu bestimmt wurde, bei wichtigsten Entscheidungen sein Wort in die Waagschale zu werfen, indem er in zahlreichen Fällen die entsprechenden Eingaben oder Weisungen nicht nur redigierte, sondern selbständig entwarf, die in der Regel höchstens kleine Modifikationen erfuhr. Einmal heißt es: «j'ai rédigé à l'adresse du Chef la note que le Général m'avait chargé de préparer ... il a lu le papier, puis l'a signé sans y changer un mot». Also beeinflußte Barbey auch sehr stark den Verkehr zwischen General und Generalstabschef.

Wenn man berücksichtigt, daß Barbey nie Einheitskommandant war, voraussichtlich weil er dauernd im Ausland lebte und nur im Jahre 1942 ein ad hoc für ihn zusammengestelltes Detachement kommandierte «pour accomplir ... la période de commandement nécessaire à mon avancement», wird niemand bestreiten wollen, daß wohl in keiner anderen Armee ein Mann mit dieser militärischen Vorbildung einen so wichtigen Posten bekleidet hat.

Vor allem kann Barbey der Vorwurf nicht erspart werden, daß er gegen die elementaren Regeln eines Generalstabsoffiziers verstößt. Hat er vergessen, daß der Kommandant des von ihm absolvierten Generalstabskurses II den jungen Generalstählern den Grundsatz einzupfen suchte: «esse quam videri»? Hat Barbey, der betont, sich in der französischen Kriegsliteratur nach 1918 gut auszukennen, nie den Aufsatz «L'officier d'Etat-Major» in der Oktobernummer 1925 der «Revue militaire française» gelesen, in dem es unter anderem heißt: «Les fonctions d'officier d'état-major exigent encore deux qualités qui sont comme le corolaire de la bonne éducation: la discréction et la modestie»?

Zu Barbeys Entschuldigung muß immerhin angeführt werden, daß leicht eine gewisse Eitelkeit aufkommen konnte, wenn ihm sogar ein Korpskommandant sagte: «Vous exercez une très bonne influence ...» oder ihm in einer Sitzung der Korpskommandanten in der Frage der Beförderungen bedeutet (me glisse) «qu'on devrait procéder de haut en bas ...» oder wenn Barbey schreiben muß: «harcelé par les gens qui vous glissent une recommandation, vous demandent un tuyau ou un service».

Miles.

Wirtschaftliche Umschau

Der Außenhandel im Januar

Der schweizerische *Außenhandel im Januar* hat eine überraschende Entwicklung genommen. Der Passivsaldo von 260 Millionen ist der höchste, der je in einem Monat verzeichnet worden ist. Während sich die Einfuhr ganz bedeutend über dem Monatsdurchschnitt von 1947 hielt, stand die Ausfuhr stark unter dem Monatsmittel des Vorjahres. Was mag die Ursache, oder was mögen die Ursachen sein? Offenbar ist die von der Schweiz entfaltete Nachfrage unentwegt sehr groß und die nötige Kaufkraft ist ja auch devisenmäßig vorhanden. Ob der Rückfall des Exportes eine vorübergehende Erscheinung ist, oder ob er von Dauer sein wird, kann auf Grund eines einzigen Monatsergebnisses noch nicht beurteilt werden. Wahrscheinlich haben aber die Schwierigkeiten, die die Überwindung der Devisenrestriktionen vieler Länder bereitet, eine recht beträchtliche Wirkung ausgeübt. Wenn Schweden der Schweiz nur noch für 3,4 Millionen Franken Waren abgenommen hat, gegen noch 7,6 Millionen im Vormonat, so muß darin in der Tat die Folge des Devisenmangels dieses Landes erblickt werden. Noch auffälliger war aber der Absturz der Lieferungen nach Belgien-Luxemburg und nach Holland. Ist dies die Folge der Zollunion und des neuen gemeinsamen sogenannten Benelux-Zolltarif? Das dürfte größtenteils der Fall sein, woraus hervorgeht, wie groß die Bedeutung von Zollverhandlungen mit dieser Ländergruppe sein wird. Wie vor der Zeit der Devisenbewirtschaftung und der Einfuhrbeschränkungen nimmt die wirtschaftliche Bedeutung der Zölle wieder stark zu. Der sukzessive in Kraft gesetzte, neue französische Tarif bildet für die *schweizerische Ausfuhr* ebenfalls eine ernsthafte Gefahr. Im Zusammenhang mit den handelspolitisch ungelösten Problemen der Abwertung des französischen Frankens ist ja in neuester Zeit sogar eine französische Importsperre verhängt worden.

Während sich der wertgewogene Ausfuhrmengenindex im vergangenen Januar bei Maschinen, Instrumenten und Apparaten und den meisten Chemikaliengruppen über 100 hielt (1938 = 100), vermochte die Textilindustrie den Indexstand 100 in keiner ihrer Gruppierungen zu erreichen. Das gleiche gilt von der Schuhbranche und unter den Chemikalien auffallenderweise von den Parfümerien. Es zeigt sich hier die Folge der ausländischen Devisensparpläne. An großer Nachfrage für diese Waren fehlt es zumeist nicht, aber die Staaten wollen die Zufuhren «unnützer» Güter nicht gestatten und verweigern für sie die Zahlungsmittel. Für die schweizerischen Industrien, die für den gehobenen zivilen Bedarf arbeiten, bedeutet dies eine wirkliche Gefahr. Sie ist um so schwerer zu tragen, weil man zusehen muß, wie in vielen der sich absperrenden Länder, hinter der schützenden Mauer der Devisenbewirtschaftung und stimuliert von einer inflatorisch aufgeblähten inländischen Kaufkraft, Industrien gerade derjenigen Güter emporwachsen, die man nicht aus dem Ausland hereinläßt. Das sind künftige Konkurrenten, und sie werden vielfach auch, als Treibhausblüten, in den kommenden Jahren Anlaß zu künstlichen Schutzmaßnahmen und immer größerer Beeinträchtigung des freien Güteraustausches bieten.

Die Zurückdrängung der Industrien, die andere als Wiederaufbaugüter erzeugen, ist heute schon sehr deutlich. Man vergleiche etwa den binnen kurzem mehr als halbierten Export an Wirk- und Strickwaren und die gedrittelte Ausfuhr an Seiden- und Kunstseidenstoffen. Eine Konsequenz der ausländischen Devisensparpläne liegt darin, daß sich die Konjunktur für die einzelnen Industrien sehr ungleich entwickelt. Während einzelne bereits starke Rückschläge hinnehmen mußten, verfügen andere noch über Aufträge für Jahre und genießen die Gunst des Auslandes für Produktionsmittel. Es müssen daraus mancherlei Spannungen entstehen. Immerhin erfahren die Bestrebungen um die *Stabilisierung von Preisen und Löhnen*, oder, anders ausgedrückt, um die *Erhaltung der Kaufkraft des Frankens* eine Unterstützung durch das unverkennbare Abflauen der Konjunktur in mehreren Industriezweigen.

Die Defizite der Handelsbilanz

Die gewaltigen Defizite der Handelsbilanz im Jahr 1947 und im Januar 1948 sind bislang fast ohne Spuren auf der Geldseite geblieben. In einzelnen Wochen hat zwar der Gold- und Devisenbestand der Nationalbank leicht abgenommen, was mit den Zahlungen für die gewaltigen Importe in Zusammenhang gebracht wurde. Diese Schwankungen waren aber, verglichen mit der Höhe der Handelsdefizite, minim. Die Zahlungsbilanz wurde sozusagen nicht beeinflußt, wobei sich aber natürlich nicht erkennen läßt, ob die Devisenzugänge, die die Abzüge für die Bezahlung der Einfuhr deckten, ganz aus wirklichem Einkommen, oder aber auch aus Kapitalheimschaffungen, oder Kapitalflucht in die Schweiz stammten. Nachdem aber die Schweiz mit ihrem freien Zahlungsverkehr keine Diskrepanz zwischen innerer und äußerer Kaufkraft geschaffen hat — wie sie in den devisenkranken Ländern besteht — darf immer noch angenommen werden, daß sich die Auslandskäufe von selber zurückbilden werden, wenn sie beginnen sollten, die Kaufkraft des Landes zu übersteigen.

Die allgemeinen Aussichten

Die eher düsterer werdenden allgemeinen Aussichten finden ihre Bestätigung u. a. im neuen Wirtschaftsabkommen mit Großbritannien. Die schweizerischen Unterhändler haben zwar einen, den Verhältnissen entsprechend, sehr guten Vertrag nach Hause gebracht. Daß nun aber die englischen Goldzahlungen, die im letzten Jahr in einige hundert Millionen gegangen sind, wegfallen werden, wird nicht ohne Wirkung bleiben. Die Schweiz wird nur noch exportieren, Gäste aufnehmen und Zahlungen im Finanzverkehr empfangen können, soweit England mit Waren zu zahlen vermag. Es ist zwar trotzdem ein umfangreicher Verkehr zu erwarten. Allein dieser wird sich doch nur einstellen, wenn Englands Lieferfähigkeit — auch preislich — gut bleibt und wenn die Schweiz gewillt ist, den Warenstrom auch aufzunehmen. Da und dort wird man dabei eine Verschärfung der Konkurrenz zu spüren bekommen. Die Wirkung sowohl der dem Ausland gewährten Nachkriegskredite, wie auch die Zeit der Verkäufe ohne Gegenleistung in Waren ist eben vorbei. Mehr und mehr vorüber ist auch die Zeit, in der sich die Einfuhr ganz überwiegend aus Rohstoffen und Lebensmitteln zusammensetzte und die eingeführten Fabrikate in ein derartiges Vakuum fielen, daß sie kaum eine Wettbewerbswirkung ausübten.

Noch nicht geregelt ist, seit der französischen Abwertung, das schweizerische Verhältnis zu Frankreich. Verhandlungen sind, wie man aus der Tagespresse vernahmen konnte, im Gange. Bisher bestand mit Frankreich ein sogenanntes Zahlungsabkommen. Der Doppelkurs der Währung, zu dem Frankreich sich entschlossen hat, ist indessen mit dem Mechanismus eines Zahlungsabkommens nicht vereinbar. Wenn man schon die Zahlungen über ein Zahlungsabkommen leitet, so muß ein einheitlicher Umrechnungskurs bestehen. Es ist ja typisch, daß sich mit Italien, das

auch einen Doppelkurs seiner Währung hat, nur ein Kompensationsverkehr abwickeln läßt, in welchem gleichsam, von Fall zu Fall, Güter in natura getauscht werden. Das Verhältnis zu Frankreich wird in absehbarer Zeit eine Klärung erfahren müssen, denn ein geordneter Verkehr läßt sich unter den gegenwärtigen gestörten Verhältnissen nicht abwickeln.

So tut man in der Schweiz gut, sich, trotz immer noch glänzender Konjunktur, auf härtere wirtschaftliche Bedingungen gefaßt zu machen, auf schärfere Konkurrenz und da und dort auf einen geringeren Geschäftsumfang. Auch der Versuch einer Stabilisierung der Kaufkraft des Frankens wird nicht ohne gewisse Verzichte abgehen. Unter diesen Umständen ist es um so willkommener, daß, infolge der verbesserten Versorgung, im Abbau der Rationierung ein großer Schritt vorwärts gemacht werden konnte, insbesondere weil dadurch wieder einige Wirtschaftszweige von unproduktiven Arbeiten entlastet werden und auch ein weiterer Abbau des kriegswirtschaftlichen Apparates möglich wurde. Geradezu *vorbildlich* war in dieser Hinsicht im übrigen die eidgenössische *Fremdenpolizei*, die resolut und planmäßig einen guten Teil ihrer Befugnisse auf die Kantone übertrug. Dabei hat diese Übertragung keine entsprechende Mehrarbeit bei den Kantonen zur Folge, sondern beseitigt zur Hauptsache doppelte Arbeit und bisherige zahlreiche Rückfragen in Bern. Es ist dringend zu wünschen, daß dieser entschiedene *Abbauwillen* auch bei den andern kriegswirtschaftlichen und im Krieg aufgeblähten Ämtern *Nachahmung* finde.

Man hat nun allerdings das Gefühl, daß die Initiative zu diesem energischen Abbau weniger von oberster Stelle gefördert als weiter unter ergriffen worden ist. Dieser Eindruck geht auf die Tatsache zurück, daß sich die bundesrätliche Botschaft über die eidgenössische *Finanzreform* so bereit zum *Verteidiger* der *fortschreitenden Aufblähung des Staatsapparates* macht, der eine natürliche und unaufhaltsame Erscheinung sei. Man vermißt in der Botschaft vor allem einen Plan für die Rückführung der heutigen Ausgaben auf den Ausgabenplafonds des Zukunftsbudgets, sowie ein ernsthaftes Projekt für den Abbau der außerordentlichen Aufwendungen und endlich eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Subventionsproblem. Subventionen zu streichen, die lediglich die Kantone zu größeren unvermeidbaren Ausgaben zwingen, ist keine Spar-, sondern nur Verlagerungspolitik. In dieser Hinsicht hat anscheinend vor allem das für die Finanzreform in erster Linie verantwortliche *Finanzdepartement* die *Zeichen der Zeit noch nicht erfaßt*. Will eigentlich der Bund ewig hintennach hinken? Bislang hat er in schwerer Krisenzeit, in den Dreißigerjahren, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das erst bei beginnendem wirtschaftlichem Wiederaufstieg richtig in Funktion trat. Dann bereitete er sich auf eine Massenarbeitslosigkeit vor, während sich eine nie erlebte Hochkonjunktur entwickelte. Als die Privatwirtschaft sich neuestens bereit zeigte, eine sehr ernste Anstrengung zur Preisstabilisierung zu unternehmen, rückte der Bund mit höheren Bahn- und Posttarifen auf. Will er heute den *Moment des wirksamen Abbaues des Staatsapparates* und der *staatlichen Eingriffe verpassen*, um künftigen Krisen, geschwächt durch zu große Überlastung, dann nicht richtig entgegentreten zu können?
